

33 finanzmarktgetriebenen Casinokapitalismus geführt und die seit 80 Jahren größte Finanz- und Wirtschaftskrise
34 ausgelöst. Diese Krise ist letztlich eine Systemkrise.

35 Gerade in dieser systemischen Krise steht aktuell wiederum ein gesellschaftspolitisches Zeitfenster offen, da
36 der als „Nachbau West“ praktizierte „Aufbau Ost“ erkennbar zu nicht einmal annähernd gleichen
37 Lebensverhältnissen führen wird. Diese neuerliche Chance wollen wir nutzen, um einen anderen
38 Entwicklungspfad zum nachhaltigen Wirtschaften und Arbeiten einzuschlagen.

39 Sachsen ist für einen solchen Neustart teilweise besser aufgestellt als die anderen Bundesländer: Die
40 wirtschaftshistorischen Traditionen wie auch Stärken Sachsens liegen einerseits in seinen (alt-)industriellen
41 Traditionen – vor allem dem Bergbau mit Tagebauen und Bergwerken zum Beispiel in der Oberlausitz, im
42 Mitteldeutschen Revier und im Erzgebirge, der Umwelt- und Energietechnik um Freiberg, der Optik und der
43 Elektrotechnik/Elektronik, Medizin- und Bahntechnik in und um Dresden, dem Maschinenbau in Chemnitz, der
44 Automobilindustrie in Zwickau und Leipzig, in der Handelstradition Leipzigs mit seiner Messe sowie in der
45 vielseitigen Struktur lokal bzw. regional verankerter Betriebe ganz unterschiedlicher Größe. Charakteristisch für
46 Sachsen war und ist dabei die enge Verbindung innovativer Wirtschaftsbereiche mit dem Erfinder- und
47 Forschergeist an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen im Land, für die beispielhaft die
48 altehrwürdige Technische Universität Bergakademie Freiberg sowie die Technischen Universitäten in Dresden
49 und Chemnitz stehen. Heute haben sich dazu leistungsfähige außeruniversitäre Forschungsinstitute gesellt,
50 etwa der Fraunhofer-, Max-Planck- und der Helmholtz-Gesellschaften. Auf dieser Symbiose von Forschung,
51 Entwicklung und Anwendung sowie auf der kulturellen Tatkraft der Bürgerinnen und Bürger Sachsens fußen
52 viele der seit 1989/1990 im Freistaat erreichten Erfolge.

53 Dessen ungeachtet ist Sachsen nach wie vor weit von einer sich selbst tragenden Entwicklung entfernt. Dazu
54 haben nicht nur die Konstruktionsfehler der deutschen Einheit, die Auswirkungen von Neoliberalismus und
55 Deregulierung im Allgemeinen sowie der AGENDA 2010 und Hartz IV im Besonderen beigetragen, sondern auch
56 zahlreiche Fehlleistungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der bisherigen Landesregierungen
57 Sachsens. Dazu gehören beispielsweise die starke Orientierung der sächsischen Industrie auf die globalen
58 Märkte und damit auf den Export, die Profilierung von Sachsen als Billiglohnland, die Vernachlässigung von
59 Binnenkaufkraft und Binnenmarkt sowie der Notverkauf der Sachsen LB. Die sozioökonomischen Folgen dieser
60 und weiterer falscher Weichenstellungen sind tagtäglich in Sachsen zu spüren:

61 • Die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen verläuft sehr unterschiedlich: Sektoren und Branchen mit
62 Wirtschaftswachstum stehen solche mit stagnierender oder gar sinkender Wirtschaftskraft gegenüber. Eine
63 dynamische Entwicklung wiesen bislang vor allem diejenigen Sektoren, Branchen und Betriebe auf, die –
64 wie weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes – export- bzw. fernabsatzorientiert sind. Die Fortsetzung
65 dieser Dynamik ist aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise allerdings gefährdet und überdies
66 strategisch nicht immer sinnvoll. Andere Bereiche wie das Gros der Gesundheitswirtschaft partizipieren an
67 der Alterung der Gesellschaft und den damit verbundenen Nachfrageverschiebungen. Segmenten der
68 Ernährungswirtschaft (z. B. dem ökologischen Landbau) und des Tourismus (etwa dem Städtetourismus)
69 gelingt es, Marktnischen zu besetzen und auszubauen. Demgegenüber sehen sich viele
70 Wirtschaftsbereiche, die von der Binnennachfrage abhängig sind und damit bedeutende Teile der
71 sächsischen Wirtschaft stellen, mit stagnierenden oder sogar negativen Wachstumsraten konfrontiert.
72 Insgesamt ist die Wirtschaftsdynamik in Sachsen mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von lediglich
73 etwa 2 % in den letzten zehn Jahren im bundesweiten wie auch im europäischen Vergleich nur schwach, was
74 sich in einer stagnierenden Arbeitskräftenachfrage (das Arbeitsvolumen verharrt bei etwa
75 2.900 Mio. Arbeitsstunden jährlich) und in nur sehr langsam wachsenden Steuereinnahmen niederschlägt.

76 • Der Arbeitsmarkt Sachsens ist in mehrfacher Hinsicht gespalten: Die Zahl der
77 sozialversicherungspflichtigen und verbeamteten Beschäftigungsverhältnisse steigt zwar seit 2005
78 kontinuierlich an, dabei nimmt jedoch der Anteil der Teilzeitbeschäftigung und niedrig entlohnter
79 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu. Prekäre und nicht existenzsichernde
80 Beschäftigungsverhältnisse (wie z. B. „1-Euro-Jobs“, Mini- und Midi-Jobs, Leih- bzw. Zeitarbeit,
81 Scheinselbständigkeit usw.) greifen um sich und prägen größer werdende Teile des Arbeitsmarktes.
82 Inzwischen müssen sich im Freistaat etwa ein Drittel der insgesamt 1,95 Mio. Erwerbstätigen in derartigen
83 Beschäftigungsformen verdingen. Dem nicht vollständig und vor allem nicht kurzfristig zu bedienenden
84 Fachkräftebedarf in einzelnen Berufs- und Qualifikationsgruppen steht ein im Landesdurchschnitt immer

85 noch hohes Niveau von Arbeitslosigkeit, vor allem verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, sowie
86 Unterbeschäftigung gegenüber (durchschnittliche Arbeitslosenquote der zivilen Erwerbspersonen in 2011
87 etwa 11 %; Anteil der Langzeitarbeitslosen unter allen Arbeitslosen fast 45 % bei Berücksichtigung von
88 arbeitsmarktpolitisch bedingten Unterbrechungen; Anteil älterer Arbeitsloser bei knapp 38 %; reale
89 Unterbeschäftigungsquote nahezu 20 %). Auch räumlich zeigt sich der Arbeitsmarkt gespalten; Landkreisen
90 und Städten mit fast einstelligen Arbeitslosenquoten (beispielsweise im Vogtlandkreis, in Dresden und
91 Zwickau) stehen solche gegenüber, die Arbeitslosenquoten von etwa 15 % aufweisen (z. B. die Landkreise
92 Nordsachsen und Görlitz). Hinzu kommt die Segmentierung und Stigmatisierung von Arbeitslosen in
93 verschiedene Gruppen, in Arbeitslose aus dem Geltungsbereich des SGB III bzw. des SGB II, in so genannte
94 marktnahe und marktferne Arbeitslose usw.

95 • Der Arbeitsmarkt in Sachsen ist weiterhin durch die Folgen der Niedriglohnstrategie geprägt. Die
96 durchschnittliche Entlohnung liegt in Sachsen mit 1.955 Euro brutto unter dem Durchschnitt der
97 ostdeutschen Bundesländer (2.068 Euro), der westdeutschen Bundesländer (2.835 Euro) sowie des
98 gesamtdeutschen Durchschnitts von 2.702 Euro brutto pro Monat.

99 • Festzustellen ist in Sachsen außerdem eine zunehmende Differenzierung zwischen den Regionen und
100 Räumen: Wachstumspolen hinsichtlich Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Bevölkerung stehen solche
101 Regionen und Räume gegenüber, in denen Schrumpfungsprozesse dominieren. Sind es vor allem die Städte
102 Dresden und Leipzig sowie deren unmittelbare „Speckgürtel“, die bisher zu den Gewinnern dieser
103 räumlichen Ausdifferenzierung zählen, so sind es die ländlich-peripheren und strukturschwachen Regionen
104 im Freistaat (z. B. die o. a. Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit oder auch das
105 Erzgebirge), die gegenwärtig als Verlierer bezeichnet werden müssen. Aber auch in den Großstädten
106 Sachsens selbst zeigt sich eine Spaltung. So ist Leipzig neben wachsenden Bevölkerungs-, Beschäftigungs-
107 und Wertschöpfungskennziffern auch durch eine hohe Dauerarbeitslosigkeit und einen anhaltend hohen
108 Armutsstand geprägt. In den Großstädten existieren stabile Stadtquartiere und solche mit sozialen sowie
109 ökonomischen Verwerfungen.

110 • Die finanzielle Handlungsfähigkeit in Sachsen nimmt tendenziell ab. Am Ende der Transformationsdekaden
111 ändern sich die finanzpolitischen Rahmen wesentlich. Mit den Mitteln aus dem Solidarpakt II war es über
112 Jahre möglich, vergleichsweise hohe Investitionsquoten zur Finanzierung des sogenannten infrastrukturellen
113 Nachholebedarf darzustellen. Gleichzeitig standen europäische Fördermittel in erheblichem Umfang zur
114 Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung bereit. Mit dem Auslaufen des Solidarpakts II und der
115 Förderperiode der Europäischen Union verschlechtert sich die Investitionsfähigkeit des Freistaates
116 maßgeblich. In den letzten Jahren konnten die bereits schrittweise wegfallenden Mittel zwar durch
117 Steuereinnahmen kompensiert werden. Allerdings ergab sich daraus kein zusätzlicher Spielraum. Parallel zu
118 dieser durch Sachsen wenig zu beeinflussenden Entwicklung hat das selbst verschuldete Desaster um die
119 Landesbank Sachsen eine zusätzliche Last von 2,75 Milliarden Euro aufgebürdet. Mit jährlich um rund 200
120 Millionen Euro sinkenden Zuflüssen aus dem Solidarpakt II, 100 Millionen Euro Zusatzausgaben für die
121 Landesbank-Pleite und einer voraussichtlich dreistelligen Mindereinnahme aus der Europäischen Union
122 nimmt die Investitionsfähigkeit des Freistaates weiter stetig ab, während der Bindungsgrad der
123 verbleibenden Mittel tendenziell steigt. Spielräume zur Haushaltsgestaltung sind dennoch vorhanden.
124

125 Um vor diesem strukturpolitischen Hintergrund und angesichts der bestehenden Problemdimensionen sowie
126 Herausforderungen in Sachsen den Umbau zu einer nachhaltigen, sozial-ökologischen Wirtschaftsweise
127 einzuleiten, bedarf es eines starken Akteurs, nämlich eines handlungsfähigen und demokratisch verfassten
128 Staates. Der real existierende Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form hat die – an den sozialen,
129 ökonomischen und ökologischen Interessen von Menschen und Natur gleichermaßen gemessene –
130 Entwicklungsdynamik verloren und eine schwere wirtschaftliche wie auch gesellschaftspolitische Stagnation
131 ausgelöst.

132

133

134

135 **Unsere Ziele für Sachsen**

136 Ziel ist es, Sachsen gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch schrittweise zu einer Region mit
137 nachhaltiger, sozial-ökologischer Wirtschaftsweise umzubauen. Dies bedeutet vor allem folgende Prämissen zu
138 befolgen:

- 139 • Die Spaltung der Gesellschaft, der Bevölkerung und der Regionen in immer weniger „Gewinner“ und immer
140 mehr „Verlierer“, immer weniger „Reiche“ und immer mehr „Arme“ soll überwunden, gleichwertige
141 Lebensverhältnisse hergestellt werden.
- 142 • Öffentliche und privatwirtschaftliche Arbeitsplätze sollen gefördert, sozial gerechte sowie mitbestimmte
143 Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zur Sicherung umfassender selbstbestimmter gesellschaftlicher
144 Teilhabe geschaffen und Vollbeschäftigung schrittweise ermöglicht werden.
- 145 • Einen Aufholprozess gegenüber den Altbundesländern gibt es derzeit nicht, im Gegenteil, der Osten bleibt
146 weiter zurück. Binnenwirtschaft sowie regionale und beschäftigungsintensive Wirtschaftskreisläufe sollen
147 gestärkt werden. Dadurch wird ein Entwicklungspfad eingeschlagen, der Sachsen und alle seine Regionen
148 an eine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung heranführt.
- 149 • Der Zugang zu allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung soll für alle kostenfrei gesichert werden. Dies
150 eröffnet einerseits individuelle Lebensperspektiven auch jenseits der Erwerbsarbeit und sorgt andererseits
151 für qualifizierte Fachkräfte der Wirtschaft sowie für Berufsperspektiven von Erwerbstätigen.
- 152 • In allen Landesteilen Sachsens soll eine Grundausstattung mit Infrastrukturen der öffentliche
153 Daseinsvorsorge gesichert bzw. geschaffen und darüber hinaus die barrierefreie sowie kostengünstige
154 Mobilität aller Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht werden. Dies trägt zur Schaffung von
155 Lebensperspektiven in Sachsen bei, wird die Abwanderung eindämmen und die demografische Grundlage
156 ländlicher Räume stärken.
- 157 • Markt und Wettbewerb sind klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie kartellrechtlicher
158 Kontrolle unterworfen. Partizipative Wirtschaftsformen wie öffentliches Eigentum und Genossenschaften
159 sollen gestärkt werden.
- 160 • Die Fokussierung auf gesellschaftlich sinnvolle und ressourceneffiziente, mithin nachhaltige Produkte sowie
161 Dienstleistungen soll den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaftsweise beschleunigen. Die Herstellung
162 ressourceneffizienter Produkte soll besonders gefördert werden, das Wachstum des Energieverbrauches ist
163 weiter deutlich vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln sowie der Verbrauch vor allem nicht regenerativer
164 natürlicher Ressourcen damit zu verringern. Der Übergang von der fossilen, von der Braunkohle dominierten
165 sächsischen Energiewirtschaft hin zu einer auf erneuerbaren Energien und dezentralen Kraft-Wärme-
166 Kopplungsanlagen basierten Energiewirtschaft soll beschleunigt werden.
- 167 • Ein gerechtes Steuersystem, welches Großunternehmen und Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen
168 stärker belastet als kleine und mittlere Unternehmen sowie Geringverdienende, soll die
169 gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit des Staates, des Landes und der Kommunen wiederherstellen
170 sowie die Binnenkaufkraft stärken.

171

172 **Unsere Konzepte für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und**
173 **Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen**

174

175 **ARBEIT, WIRTSCHAFT UND REGIONALENTWICKLUNG**

176 ***Der Stagnation begegnen, den Umbau einleiten – Weichenstellungen auf Bundesebene***

177 Vom Bund fordern wir ein Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro. Durch Schwerpunktsetzungen bei
178 Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung sowie Gesundheit und damit verbundenen Investitionen wird nicht
179 nur ein temporärer Schutzschirm für Unternehmen und etwa 2 Millionen Beschäftigte aufgespannt, sondern
180 werden Zukunftsperspektiven für Forschung und Entwicklung ausgelöst sowie überdies langfristig 1 Million
181 Arbeitsplätze in wichtigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Erziehung, Bildung, Pflege und
182 Gesundheit, geschaffen.

183 Die Bundesagentur für Arbeit muss weiterhin Bundeszuschüsse, insbesondere für Maßnahmen der aktiven
184 Arbeitsmarktpolitik in Höhe von jährlich mindestens 2 Mrd. Euro erhalten. Dieser Bundeszuschuss ist als nicht
185 rückzahlbarer Zuschuss zu gewähren, damit von den daraus finanzierten Aufwendungen keine
186 Beitragssatzerhöhungen ausgehen. Darüber hinaus hat die Bundesagentur für Arbeit offensiv alle Möglichkeiten
187 auszuschöpfen, damit Arbeitslose zu individuell verwertbaren Berufsabschlüssen geführt werden und
188 Unternehmen ihre Beschäftigten intensiver qualifizieren; nur so können berufsfachliche Kompetenzen für die
189 Herausforderungen der Zukunft aufgebaut werden.

190

191 ***Der Krise begegnen, den Umbau einleiten – Veränderungen in Sachsen***

192 Die Umsetzung von öffentlichen Zukunftsprogrammen des Bundes in Sachsen ist so zu gestalten, dass davon
193 schnelle Impulse ausgehen. Daher ist die Bindung dieser Mittel an bestehende Förderprogramme sowie deren
194 Programmlogik unsachgemäß und durch solche Verfahrensweisen zu ersetzen, die unbürokratisch sind und
195 zugleich den öffentlichen Investitionsstau im Land und in den Kommunen auflösen.

196 Das Zukunftsprogramm des Bundes soll durch ein „Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm Sachsen“ in Höhe
197 von 1 Mrd. Euro mit einer Laufzeit von 5 Jahren ergänzt werden, welches die Wirtschaft stabilisiert, modernisiert
198 sowie zukunftsfähig macht. Dieses öffentliche Investitionsprogramm Sachsens soll vor allem auf ökologisch
199 richtungsweisende Technologien (z. B. energetische Sanierung von Gebäuden, Solar- und Windenergie,
200 Geothermie, Wasserkraft) sowie auf Investitionen in Bildungs- und Sozialinfrastrukturen (etwa
201 Kindertagesstätten, Schulen) ausgerichtet werden. Darüber hinaus stellt es für finanzschwache Kommunen in
202 Sachsen die Mittel bereit, die zur Komplementärfinanzierung der Programme des Bundes erforderlich sind.

203 Das Mittelstandsstabilisierungsprogramm Sachsens soll auf 1 Mrd. Euro aufgestockt und durch öffentliche
204 Bürgschaften abgesichert werden. In Verbindung mit weiteren Programmen, z. B. zugunsten von
205 Innovationsgutscheinen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), werden damit für KMU die mittel- und
206 langfristigen Handlungsspielräume für die Entwicklung und Vermarktung zukunftsorientierter Produkte und
207 Dienstleistungen geschaffen.

208

209 ***Umkehr in der Lohnpolitik: Binnennachfrage und gute Arbeit stärken, Kompetenzen und Fachkräfte***
210 ***sichern – Weichenstellungen auf Bundesebene***

211 Durch den Gesetzgeber auf Bundesebene ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von
212 mindestens 10 Euro/Stunde einzuführen. Dieser Mindestlohn muss individuell existenzsichernd sein und ist
213 daher jährlich mindestens in Höhe der Inflationsrate an die Preisentwicklung anzupassen. Nur so sind die
214 bestehenden Widersprüche zwischen dem sich in den letzten Jahren ausbreitenden Niedriglohnsektor (mit der
215 Folge von Abwanderungen und Know-how-Verlusten) und den Zukunftsanforderungen einer wissensbasierten
216 Wirtschaft aufzulösen.

217

- 218 ***Umkehr in der Lohnpolitik: Binnennachfrage und gute Arbeit stärken, Kompetenzen und Fachkräfte***
219 ***sichern – Veränderungen in Sachsen***
- 220 Das sächsische Vergabegesetz wird so ausgestaltet, dass öffentliche Aufträge nur an solche Anbieter vergeben
221 werden dürfen, die definierte Sozial- und Umweltstandards – aber insbesondere existenzsichernde Löhne und
222 Gehälter, Tariftreue sowie zukunftsfeste Ausbildungsquoten – einhalten.
- 223 Mit einem Förderprogramm „Fachkräftesicherung“ werden einerseits sächsische KMU und andererseits
224 sächsische Kommunen bei der Entwicklung von solchen Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen unterstützt, die
225 geeignet sind, Fachkräfte im Freistaat zu halten bzw. nach Sachsen zu holen (z. B. lernförderliche
226 Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und familienfreundliche Infrastrukturen in den Kommunen).
- 227
- 228 ***Offensive für forschungs- und wissensintensive Produkte, Dienstleistungen, Unternehmensgründungen***
229 ***sowie Unternehmensübernahme – Veränderungen in Sachsen***
- 230 Auf der Basis entsprechender Untersuchungen soll ein Zielnetz von Hochschul-, Branchen- und
231 Regionaltransferstellen identifiziert und aufgebaut werden, welches den besonderen Anforderungen von KMU
232 gerecht wird und deren Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Technologiezentren und Industrieforschungseinrichtungen
233 sollen als Standorte der Konzentration von Know-how und als Transferstellen eine deutlich stärkere Rolle
234 spielen als bisher. Größte Hürde auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung stellt die kleinteilige
235 Unternehmensstruktur der sächsischen Wirtschaft dar. Größere Unternehmen sind zumeist verlängerte
236 Werkbänke ohne Konzernzentrale und Forschungsabteilungen im Freistaat. Forschungs- und
237 Entwicklungsaktivitäten (FuE) der Unternehmen sind unter anderem wesentlich beeinflusst durch deren Größe
238 und Kapitalausstattung. Die Förderung von Zusammenschlüssen kleiner Unternehmen ist ebenso anzustreben
239 wie die geförderte Kofinanzierung von FuE-Projekten zur Steigerung der eigenen Produktivität. Universitäten,
240 Fach- und Hochschulen dienen als Quelle wissensintensiver Dienstleistungen und Partner für Forschung und
241 Entwicklung. Durch die Bereitstellung von geförderten Technologiescouts für FuE-Aktivitäten soll die
242 Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht werden, die Forschungsergebnisse tatsächlich in die Wertschöpfung einfließen
243 zu lassen. Analysen in Bezug auf Markt und Produkt sind Voraussetzung für einen sinnvollen Einsatz der
244 Fördermittel.
- 245 Die Dienstleistungen der Technologie- und Gründerzentren müssen stärker spezialisiert und attraktiver gestaltet
246 werden, wobei klarer zwischen Technologiegründerzentren einerseits und Gewerbegründerzentren andererseits
247 zu unterscheiden ist. Durch die Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen ländlicher Räume sollen
248 auch dort leistungsfähige Zentren erhalten und weiterentwickelt werden, wodurch die Standortqualität in diesen
249 strukturell benachteiligten Räumen gestärkt wird.
- 250 Ziel ist es, den privaten Anteil der einzelbetrieblichen FuE-Leistungen bis 2020 zu verdoppeln. Die Förderung
251 soll technologieoffen erfolgen, um in allen Branchen und Regionen Produkt- und Prozessinnovation zu
252 ermöglichen.
- 253 Durch Innovationsgutscheine für KMU sowie mittels überproportional hoher Fördersätze für solche Forschungs-
254 und Entwicklungs- sowie Transferleistungen, die zwischen sächsischen KMU und in Sachsen angesiedelten
255 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen realisiert werden, sollen die Leistungs- sowie Zukunftsfähigkeit von
256 KMU und sächsischen Forschungsstandorten gleichermaßen gestärkt werden.
- 257 Die Technologiepolitik wird auf sozial-ökologische Innovationen sowie auf effiziente und ressourcenschonende
258 Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet. Als technologische Zukunftsfelder sollen vor allem die Fahrzeug-
259 und Verkehrstechnologien, die Energie- und Umweltechnologien (einschließlich Solar-, Photovoltaik-,
260 Geothermie- und Windtechnologien), die IuK-Technologien (einschließlich Mikrosystemtechnologie und
261 Elektrotechnik/Elektronik), die Produktionstechnologien sowie Werkzeug- und Textilmaschinenbautechnologien
262 unterstützt werden.
- 263 Die Gründungsförderung in Sachsen wird auf die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter,
264 zukunftsorientierter sowie möglichst beschäftigungsintensiver Produkte und Dienstleistungen konzentriert.
265 Dazu wird Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt.

267 **Regionalentwicklung befördern, regionale Handlungsspielräume eröffnen – Veränderungen in Sachsen**

268 Das Land wird durch eine deutlich höhere kommunale Investitionspauschale die Handlungsspielräume vor Ort
269 verbreitern und damit die Regionalentwicklung sowie regionale Wirtschaftskreisläufe befördern.

270 Des Weiteren wird Sachsen in der Wirtschafts- und Arbeitsförderung „regionalen
271 Verantwortungsgemeinschaften“, also freiwilligen Verbänden aus Kommunen, sowie den Landkreisen und
272 kreisfreien Städten so genannte Regionalbudgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen. Auch
273 dies trägt dazu bei, lokale Entscheidungsfreiheit zu stärken, den sachgerechten weil problem- bzw.
274 ressourcennahen Mitteleinsatz zu fördern, regionales und lokales Know-how zu mobilisieren sowie integrierte
275 Politik für Ballungsräume, Städte wie auch für ländlich-periphere Räume zu gestatten und dabei die
276 kooperativen Entwicklungsbeziehungen von Kommunen zueinander über den bisherigen Standortwettbewerb
277 hinaus zu nutzen und zu fördern.

278 Die Wirtschaftsregionen Sachsens sind eng mit den Ballungsräumen und den Verkehrsknoten Sachsens zu
279 verknüpfen. Es ist noch mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen bzw. über die
280 Binnenschifffahrt zu transportieren. Dazu bedarf es des weiteren Ausbaus des Eisenbahnnetzes in Sachsen
281 sowie der stärkeren Verknüpfung von lang laufendem Schienengüterverkehr und Binnenschifffahrt mit kurz
282 laufendem regionalem Straßengüterverkehr über die Stärkung und den Ausbau der Güterverkehrszentren.

283 Durch hohe Qualitätsanforderungen an die Mobilitätsangebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
284 sollen die Entwicklungsnachteile ländlich-peripherer Regionen in Sachsen ausgeglichen und die Erreichbarkeit
285 von Grund-, Mittel- und Oberzentren sowie von Standorten der Daseinsvorsorge in zumutbaren Zeiten gesichert
286 werden. Dabei wird durch eine integrierte Netzgestaltung die Verbindung von schnellem
287 Schienenpersonenfernverkehr, in allen Landesteilen Raum erschließendem Schienenpersonennahverkehr
288 (SPNV) und gut getaktetem Regionalverkehr ein integrierter Taktverkehr geboten, der einen Wandel in den
289 Mobilitätsgewohnheiten, im Nutzungsverhalten und mithin im Modalsplit zugunsten des SPNV/ÖPNV sowie des
290 Rad- und Fußverkehrs ermöglicht und insgesamt einen Vorteil für den Wirtschaftsstandort Sachsen sowie einen
291 erheblichen Zuwachs an Lebensqualität erreicht. Denn ein gut organisierter und verdichteter SPNV/ÖPNV hat
292 erhebliche Vorteile für Berufs- und Studien-Pendlerinnen und -pendler, für kulturelle und soziale Teilhabe und
293 nicht zuletzt für einen anspruchsvollen und attraktiven Tourismus. Das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz sollte
294 langfristig weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz anbinden. **Wirtschaftsförderung umgestalten –
295 Veränderungen in Sachsen**

296 Die unmittelbare finanzielle Förderung von Großunternehmen wird auf Darlehen umgestellt. Dies stärkt
297 einerseits das Eigeninteresse der Unternehmen und damit die Nachhaltigkeit des unternehmerischen
298 Engagements. Andererseits werden durch die finanziellen Rückflüsse aus diesen Darlehen kontinuierlich
299 ausgestattete, revolvingierende Förderfonds möglich, was mittelfristig dem Haushalt Sachsens zugutekommt.

300 In der Förderung von KMU sollen, unter Beachtung von deren finanziell begrenzter Leistungsfähigkeit,
301 schrittweise ebenfalls revolvingierende Fonds eingeführt werden.

302 Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen noch stärker in die Kreditfinanzierung von KMU eingeschaltet
303 und dabei bei struktur- sowie regionalpolitisch besonders wichtigen Vorhaben über Landesbürgschaften
304 abgesichert werden. Zur besseren Absicherung der Bedarfe an Risikokapital werden bestehende Instrumente
305 gestärkt und neue Formen auf Landesebene entwickelt (Innovationsfonds Sachsen).

306 Die Förderung von Verbundinitiativen und von Clusterbildung, d. h. die Unterstützung von strategischen
307 Netzwerken in der Industrie (Automobilzulieferindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Bahntechnische Industrie,
308 Technische Textilindustrie, Luft- und Raumfahrtindustrie, Erneuerbare Energien im Industriesektor) wird
309 zugunsten zukunftsfester Produkte sowie Dienstleistungen modifiziert fortgesetzt und soll zudem auf solche
310 Zweige ausgedehnt werden, die sozial-ökologisch wirtschaften, nachwachsende Rohstoffe stofflich nutzen oder
311 regional wirtschaften (z. B. die Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie die Gesundheitswirtschaft).

312 Darüber hinaus soll die Umstellung von Unternehmen auf nachhaltige sowie beschäftigungsintensive Produkte
313 und Dienstleistungen verstärkt gefördert werden. Die betriebliche Weiterbildung wird für Arbeitnehmer
314 garantiert und für Unternehmen als Förderkriterium definiert. Weiterbildungsprogramme konzentrieren sich auf
315 die vertikale Spezialisierung entlang der Wertschöpfungskette. Mit der bisherigen Billig-Ist-Besser-Devise der
316 Landesregierung wird gebrochen. Öffentliche Fördermittel werden grundsätzlich an Tarife und Qualifikation der
317 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als 10 Prozent
318 Leiharbeitern an der Belegschaft, können Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote
319 von mehr als 30 Prozent entfällt die Förderung komplett. Ziel ist sowohl die Sicherung des Fachkräftebedarfs
320 der lokalen Wirtschaft, als auch die Sicherung der Erwerbs- und Lebensperspektiven der betroffenen Menschen.

321
322 Nicht ökologische, vor allem energie- und ressourcenineffiziente Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen
323 werden schrittweise von der Wirtschafts-, Technologie-, Gründungs- und Regionalförderung ausgenommen.

324 Damit wird insgesamt eine Umkehr in der Förderpolitik Sachsens angestrebt: Die bisherige Unterstützung von
325 exportorientierten industriellen „Leuchttürmen“ soll durch eine deutlich stärkere Orientierung auf
326 binnenwirtschaftlich agierende sowie beschäftigungsintensive Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe
327 ergänzt werden. Dabei werden die Chancen überregional vermarktungsfähiger Produkte und Dienstleistungen
328 im Auge behalten, sofern diese sozial sinnvoll und ökologisch nachhaltig sind.

329

330 ***Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik –***
331 ***Weichenstellungen auf Bundesebene***

332 Auf der Bundesebene muss dafür gesorgt werden, dass die mit den so genannten Hartz-Gesetzen eingeführte
333 Trennung der Arbeitsförderung in zwei Geltungsbereichen (SGB III und SGB II) wieder aufgehoben und eine
334 wirkliche Förderung von Erwerbslosen und Erwerbssuchenden „aus einer Hand“ ermöglicht wird.

335 Darüber hinaus fordern wir, das arbeitsmarktpolitisch untaugliche und sozial wie rechtlich ausgrenzende
336 Förderinstrument der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („1-Euro-Jobs“) abzuschaffen.

337 Für Praktika muss ein Mindestlohn in Höhe von 350 Euro eingeführt werden. Dies würde nicht nur den
338 Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als billige Arbeitskräfte eindämmen, sondern auch den
339 Ausbildungscharakter von Praktika stärken.

340 Nicht nur im Hinblick auf die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, sondern auch aufgrund der geleisteten
341 Beitragszahlungen ist die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes deutlich zu verlängern.

342 Die ökonomische Logik von prekären und nicht existenzsichernden Beschäftigungsformen ist, etwa nach dem
343 Beispiel von Frankreich, umzukehren: Leiharbeit ist durch einen Flexibilitätszuschlag für die Unternehmen teurer
344 zu gestalten als reguläre Beschäftigung. Für Mini- und Midi-Jobs ist die volle Sozialversicherungspflicht ab der
345 ersten Stunde einzuführen. Schließlich sind, als weitere wichtige arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische
346 Rahmenbedingungen, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche zu begrenzen und das
347 Renteneinstiegsalter wieder auf 65 Jahre herabzusetzen.

348

349 ***Aktive, abgestimmte sowie sozial abgesicherte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik –***
350 ***Veränderungen in Sachsen***

351 Aufgrund der demographischen Entwicklung schrumpft die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2025 um rund ein
352 Fünftel. Zusätzlich macht das unterdurchschnittliche Lohnniveau den Freistaat für viele mobile hochqualifizierte
353 Arbeitskräfte unattraktiv. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel ist in einigen Branchen bereits heute
354 spürbar. Auf der anderen Seite herrscht in Sachsen nach wie vor hohe Unterbeschäftigung. Darüber hinaus
355 haben sich etwa 15 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter aus verschiedenen Gründen ganz aus dem
356 Erwerbsleben zurückgezogen. Ein Großteil davon sind Frauen.

357 Mit einem längst überfälligen Landesarbeitsmarktprogramm wollen wir die aktive Arbeitsmarktpolitik in
358 Sachsen auf neue Füße stellen. Ziel ist es die paradoxe Situation aufzulösen, dass einer verfestigten

359 Langzeitarbeitslosigkeit gleichzeitig ein wachsender Fachkräftemangel gegenüber steht. Dafür sind
360 unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Instrumente erforderlich.

361 Ein erster Schwerpunkt dieses Programms liegt auf der beruflichen Weiterbildung. Neben herkömmlichen
362 Maßnahmen geht es darum, Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit abzubauen. Dazu ist es notwendig, die
363 Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar zu verbessern. Zusätzlich bedarf es Maßnahmen zur Qualifikation
364 und Integration der betroffenen Personen um Neu-, Quer- und Wiedereinsteigern den Weg ins Berufsleben zu
365 ermöglichen. Darüber hinaus soll eine Landesförderung aufgelegt werden, die sich vor allem an
366 Personengruppen richtet, die bislang nur unzureichend an beruflicher Qualifikation teilhaben, wie gering
367 qualifizierte, ältere und nichtleistungsempfangende Erwerbspersonen. Im Mittelpunkt stehen hier Bildungsgänge
368 die zu einem Berufsabschluss führen.

369 Für die Umsetzung dieses Landesarbeitsmarktprogramms wird auf Landesebene ein paritätisch besetzter Beirat
370 gebildet, dem neben Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Hand, der Arbeitnehmerinnen und
371 Arbeitnehmer, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch solche von Erwerbsloseninitiativen angehören.
372 Diesem Beirat wird unter anderem die Aufgabe obliegen, die bislang unzureichend abgestimmten
373 arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von Europäischer Union, Bund, Land, Kommunen und Bundesagentur für
374 Arbeit zu koordinieren.

375 Durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern, SGB III und SGB II, ergänzt durch kommunale
376 Mittel und Eigenmittel der Träger, wird in Sachsen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit
377 sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Menschen aufgebaut, die aufgrund von
378 Nachfrage- und/oder Angebotsproblemen nicht in Beschäftigung vermittelt werden können. Heinrich Alt,
379 Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, hält 300.000 Stellen bundesweit für notwendig. In Sachsen
380 sollten mindestens 20.000 Arbeitsplätze mit mindestens 3-jähriger Beschäftigungsdauer und
381 existenzsicherndem Einkommensniveau entstehen.

382 Durch regionale Beiräte ist sicherzustellen, dass die Einsatzfelder im öffentlich geförderten
383 Beschäftigungssektor Sachsens im gesellschaftlichen Interesse liegen, tatsächlich zusätzliche Tätigkeiten
384 umfassen und zugleich den sozial-ökologischen Umbau in Sachsen unterstützen. In den vergangenen Jahren
385 gestrichene, privatisierte, anderweitig outgesourct oder in den zweiten Arbeitsmarkt abgeschobene Leistungen
386 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden zurück in den Öffentlichen Dienst geholt und dort reguläre
387 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

388

389 **SOZIALES IST GEMEINSAMER WOHLSTAND**

390 ***Sozialer Umbau statt Sozialabbau – Weichenstellungen auf Bundesebene***

391 Durch den Gesetzgeber auf Bundesebene muss ein bedarfsorientiertes, repressionsfreies soziales
392 Grundeinkommen für betreffende Bürgerinnen und Bürger in Höhe von 1.000 Euro je Monat und Person
393 eingeführt werden. Das repressionsfreie soziale Grundeinkommen ist jährlich in der Höhe der Inflationsrate an
394 die Preisentwicklung anzupassen. Ein solches Grundeinkommen ist nicht nur ein wichtiger Schritt hin zu einer
395 selbst bestimmten Gesellschaft, sondern flankiert – ebenso wie Aktivitäten zur Verkürzung der Arbeitszeit –
396 auch die Bemühungen zur Erreichung der Vollbeschäftigung.

397 Die Sozialversicherungssysteme müssen wieder paritätisch finanziert werden, die überproportionale Beteiligung
398 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Versicherten ist aufzuheben. Durch die Einbeziehung aller
399 Einkommensarten sind die Sozialversicherungen auf eine breitere Basis zu stellen und hin zu einer
400 Bürgerversicherung zu entwickeln.

401

402 ***Sozialer Umbau statt Sozialabbau – Veränderungen in Sachsen***

403 In der Landespolitik Sachsens ist ein Paradigmenwechsel vorzunehmen: Soziales ist nicht einseitig als
404 Kostenfaktor für Wirtschaft und Staat wahrzunehmen, sondern ist vielmehr als bedeutender
405 nachfrageorientierter Standortfaktor für Bürgerinnen und Bürger, für Erwerbstätige und für Unternehmen gezielt

406 zu unterstützen. Zudem kann Soziales, kann soziale Daseinsvorsorge weit über eine noch dazu unzureichende
407 Armutsbekämpfung hinaus – wie das skandinavische Sozialstaatsmodell zeigt – ein wichtiger
408 Beschäftigungsfaktor sein.

409 Auf der Grundlage einer breiteren und damit höheren Einkommensbasis der öffentlichen Haushalte wird
410 Sachsen alle diejenigen Leistungen in den Öffentlichen Dienst zurückholen, die der sozialen Daseinsvorsorge
411 dienen und in den vergangenen Jahren abgebaut, privatisiert, outgesourct oder in den prekarierten zweiten
412 Arbeitsmarkt abgeschoben wurden. Durch die Re-Kommunalisierung von vormals privat erbrachten Leistungen
413 der öffentlichen Daseinsvorsorge können in Folge des Kostendeckungsprinzips außerdem teilweise sogar
414 Einsparungen realisiert werden, da die Gewinnspanne der privaten Unternehmen entfällt.

415 In bestehenden Bereichen des Öffentlichen Dienstes können mit Hilfe dieser Mittel Einstellungskorridore
416 ermöglicht, die Dienstleistungsqualität verbessert und das Personal verjüngt werden. Darüber hinaus können
417 dadurch Leistungen und Arbeitsplätze – beispielsweise im Kultur- und Sportbereich – finanziert werden, die die
418 Lebensqualität erhöhen, die Standortqualität verbessern und dadurch die Abwanderung aus Sachsen
419 eindämmen.

420 Zur diskriminierungsfreien Sicherung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wird unter Nutzung der in der
421 Grundsicherung zweckbestimmten Teilbeträge eine vom Land finanzierte Mobilitätskarte für Schülerinnen und
422 Schüler, Studierende sowie für finanziell Schwache eingeführt. Diese Mobilitätskarte gilt landesweit und
423 ermöglicht den Kauf von Tariftickets in allen Netzen des SPNV/ÖPNV. Sie sichert damit die soziale sowie
424 berufliche Mobilität der Anspruchsberechtigten und stärkt überdies den SPNV/ÖPNV. Das Modell des
425 „fahrloslosen ÖPNV“ kann vor allem für die Ballungszentren eine attraktive Alternative zum Ticket
426 gebundenen SPNV/ÖPNV sein, die Zugangsschranken absenkt und somit weitere Bevölkerungsgruppen für den
427 SPNV/ÖPNV erschließt.

428

429 **BILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN**

430 ***Bildung für alle, überall und Generationen übergreifend – Weichenstellungen auf Bundesebene***

431 Auf Bundesebene soll erreicht werden, die bereits seit langem unzeitgemäße Nachrangigkeit von „weichen“ –
432 angeblich konsumtiven – Bildungsinvestitionen gegenüber so genannten „harten“ Infrastrukturinvestitionen
433 (z. B. in Straßen) aufzuheben.

434 Das Bafög muss wesentlich ausgeweitet und für Familien bzw. für Bezieherinnen und Bezieher von mittleren
435 sowie geringen Einkommen von Darlehen auf Zuschüsse umgestellt werden, um so einen Beitrag zur
436 Bildungsgerechtigkeit zu leisten.

437

438 ***Bildung für alle, überall und Generationen übergreifend – Veränderungen in Sachsen***

439 Bildung ist in Sachsen der Rohstoff Nummer eins. Eine hohe Bildungsbeteiligung und die nachhaltige Deckung
440 des Fachkräftebedarfs sind das Fundament von Innovation und eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung. Zu
441 viele Menschen brechen Schule, Hochschule oder Berufsausbildung vorfristig ab. Die bestehenden Barrieren zur
442 Aufnahme oder Fortsetzung einer Ausbildung müssen systematisch erfasst und abgebaut werden. Ebenso ist es
443 notwendig, eine nach Fachrichtungen untersetzte Analyse des zukünftigen Personalbedarfs an den einzelnen
444 sächsischen Bildungseinrichtungen zu erstellen. Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren zu
445 erwartenden Zahlen von Lehrkräften, die in den Ruhestand gehen, ist rechtzeitig gegenzusteuern. Es sind
446 Übergangsfristen zur Sicherung des Erfahrungstransfers im Vorfeld zu gewährleisten.

447 Um die angestrebten Bildungsziele zu erreichen, soll künftig ein wesentlich höherer Anteil des
448 Bruttoinlandsprodukts Sachsens für Bildung eingesetzt werden. So wird es möglich, mehr Personal in
449 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zu beschäftigen. In der Folge sollen die Qualität von Erziehung
450 und Bildung verbessert und eine inhaltlich untersetzte Ganztagsbetreuung sichergestellt werden. Ohne eine

451 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten und einer Verkleinerung der Klassen- bzw.
452 Kursteiler in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist das nicht möglich.
453 Um den Bildungs-, Erziehungs- und Integrationsauftrag zu unterstützen, bedarf es an jeder allgemeinbildenden
454 Schule der Einrichtung von Schulsozialarbeit. Die Finanzierung wird gemeinsam vom Land Sachsen und den
455 Landkreisen / kreisfreien Städten übernommen.

456 Die vorgesehene gebührenfreie Kindertagesbetreuung, eine generelle Lern- und Lehrmittelfreiheit, sowie ein
457 kostenfreies Hochschulstudium tragen zur Chancengleichheit beim Bildungszugang, zur Erschließung von
458 Begabungsreserven und zur Fachkräftesicherung gleichermaßen bei. Als erster Schritt wird eine Halbierung der
459 Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss und des Anteils junger Erwachsener ohne
460 Studien- oder Berufsabschluss angestrebt. Es wird zudem eine „Landes(nach)ausbildungsinitiative für junge
461 Menschen ohne vollwertigen Berufsabschluss vorgeschlagen.

462 Es werden flächendeckend systematische Aktivitäten einer gezielten Berufsorientierung für Schülerinnen und
463 Schüler aller Schulformen entwickelt. Beginnend mit der 5. Klasse erfolgt eine berufspraktische Bildung. Sie
464 dient dem Erkennen von Fähigkeiten und Interessen und den sich daraus ergebenden Berufs- und
465 Karriereperspektiven. Die Zielgenauigkeit der Vermittlung von Ausbildungsstellen und des Angebotes
466 berufsvorbereitender Maßnahmen kann so entscheidend verbessert werden. Die berufspraktische Bildung ist
467 Gemeinschaftsaufgabe von Schule und Wirtschaft. Die Verbindung von praktischer Arbeit und Lernen im dualen
468 Ausbildungssystem muss auf hohem Niveau erhalten und ausgebaut werden.

469 Einen besonderen Stellenwert nimmt die Berufsakademie ein, deren Studienangebote auf die mittelständisch
470 geprägte Wirtschaft Sachsen maßgeschneidert sind. Hier wird der Ausbau zu einer dualen Hochschule
471 angestrebt. Ihre finanzielle Ausstattung muss den steigenden Anforderungen entsprechen.

472 Der Anteil von wissenschaftlich-technischen Berufen an allen Erwerbspersonen liegt in Sachsen über dem
473 Schnitt der ostdeutschen Bundesländer. Die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft und die ständige
474 Veränderung von Arbeitsinhalten stellen dabei hohe Anforderungen an die Qualifikation. Dem muss ein
475 adäquates Angebot berufsbegleitender Qualifizierung und Weiterbildung gegenüberstehen. Damit alle
476 Erwerbstätigen Weiterbildungen in Anspruch nehmen können, muss der Anspruch auf Freistellung an
477 mindestens fünf Tagen pro Jahr gesetzlich verankert werden. Neben Strukturverbesserungen im Bereich der
478 klassischen Weiterbildung müssen die Schnittstellen zwischen beruflicher Praxis und akademischer
479 Weiterbildung durchlässiger gestaltet werden. Dazu gehört auch der Technologietransfer zwischen Hochschulen
480 und Forschungseinrichtungen auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite. Um die
481 Zukunftsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft zu sichern soll der Anteil der im Freistaat in Forschung und
482 Entwicklung Beschäftigten deutlich erhöht und mindestens auf den Bundesdurchschnitt angehoben werden. Ein
483 deutlicher Anstieg des Frauenanteils in FuE wird zusätzlich befördert.

484

485 **DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE**

486 ***Wirtschaftsdemokratie befördern – Weichenstellungen auf Bundesebene***

487 Durch den Gesetzgeber auf Bundesebene müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um Wirtschaft und
488 Arbeitsmarkt so zu regulieren, dass der Umstieg auf eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise möglich wird.
489 Dies schließt die Rücknahme der Deregulierungsschritte der vergangenen Jahre (etwa bei der
490 Arbeitsgesetzgebung) ebenso ein, wie eine erweiterte Mitbestimmung und eine starke Finanzmarktaufsicht zur
491 Verhinderung von hochriskanten Finanzmarktspekulationen.

492 Zur Förderung partizipativer Wirtschaftsformen ist das bundesdeutsche Genossenschaftsrechts zu
493 vereinfachen. Eine gleiche Förderung für die Gründung von Genossenschaften wie bei anderen Rechtsformen ist
494 längst überfällig.

495

496 ***Wirtschaftsdemokratie befördern – Veränderungen in Sachsen***

497 Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und anderer gesellschaftspolitisch wichtiger Bereiche (z. B.
498 Bildung, Energieversorgung, Gesundheitswirtschaft, Wasserver- und -entsorgung, Wohnungswirtschaft) sind in

499 kommunales, öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum zu überführen bzw. dort zu belassen. Dies gilt
500 auch für die Verkehrsverbände in kommunaler Verfasstheit.

501 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen und andere partizipative Eigentumsformen wie beispielsweise
502 Genossenschaften sind zu stärken.

503 Um der Demokratie im Öffentlichen Dienst Sachsens zum Durchbruch zu verhelfen, wird ein modernes
504 Personalvertretungsgesetz durchgesetzt. Aktivitäten zur Erhöhung der Tarifbindung von Unternehmen und zur
505 Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung werden vom Freistaat unterstützt.

506 Fördermittelvergabe und öffentliche Beteiligungen im Land müssen transparent gemacht werden und können
507 dadurch demokratisch kontrolliert sowie zielgerichteter gesteuert werden. Dazu soll zweijährlich ein
508 Sächsischer Subventionsbericht vorgelegt werden, der auch Angaben zu den Gehältern von Managerinnen und
509 Managern öffentlicher Unternehmen enthält.

510

511 **ÖKOLOGIE UND UMWELTWIRTSCHAFT**

512 ***Ökosysteme bewahren, Umweltwirtschaft fördern – Weichenstellungen auf Bundesebene***

513 Die LINKE folgt dem Grundsatz „Mensch und Umwelt vor Profit“. Dazu gehören zum Beispiel Forderungen für
514 eine nachhaltige dezentrale und demokratische Energiepolitik, eine echte Verkehrswende, die Bewahrung der
515 Schutzgüter Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna.

516

517 ***Ökosysteme bewahren, Umweltwirtschaft fördern – Veränderungen in Sachsen***

518 Ein „Umwelt-Zukunfts-Programm“ wird alle diejenigen Fördermittel des Landes bündeln, die auf die
519 Verringerung des Ressourcenverbrauches, die Erzeugung regenerativer Energien und die Entwicklung lokaler
520 sowie regionaler Stoff- und Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet sind. Gefördert werden beispielsweise
521 Unternehmen mit ökologischen, nachhaltigen und ressourceneffizienten Produkten sowie Dienstleistungen,
522 Unternehmen und Gemeinden, die ihre Energieversorgung ganzheitlich auf nachwachsende Rohstoffe
523 umstellen, der energieeffiziente Umbau öffentlicher Gebäude sowie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die
524 die Wirkungsgrade des Ressourceneinsatzes erhöhen.

525 Ziel ist es, dass Sachsen seinen Energiebedarf bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Ressourcen
526 decken kann. Dazu wird eine dezentrale und mittelständisch verfasste Energiewirtschaft gefördert, die
527 Bürgersolar- und Photovoltaikanlagen ebenso einschließt Geothermieanlagen, ökologisch sinnvolle Wind- und
528 Wasserkraftanlagen sowie Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Dem Neuaufschluss von
529 Braunkohletagebauen wird nicht stattgegeben, die Abaggerung weiterer Siedlungen dadurch verhindert. Die
530 steuerlichen und anderen Vorteile fossiler Energieträger werden zugunsten regenerativer Energieträger
531 beseitigt.

532 Durch die Förderung und den Ausbau eines alle Landesteile erschließenden, barrierefreien und kostengünstigen
533 ÖPNV, durch Verkehrsvermeidung sowie durch den selektiven Rückbau von nicht mehr benötigter oder
534 schwach frequentierter Straßenverkehrsinfrastruktur wird der CO₂-Ausstoß in Sachsen deutlich verringert. Dazu
535 tragen auch die Unterstützung der Binnenschifffahrt durch angepasste Flussschiffe und der Ausbau wichtiger
536 Strecken des Personen- und Güterschienenverkehrs (z. B. der Strecke Berlin-Dresden-Prag und der Sachsen-
537 Franken-Magistrale) bei. Diese Verkehrsstrecken sollen in eine künftige europäische Nord-Süd-Tangente
538 eingebunden werden, die sowohl regional als auch überregional Entwicklungen mobilisieren könnte und
539 Skandinavien über Berlin-Dresden-Prag-Linz-Graz mit dem Adriaraum verbinden soll.

540 Böden sind die wichtigste Produktionsgrundlage für Landwirtinnen und Landwirte. Der Erhalt der
541 Bodenfruchtbarkeit ist dabei eine Schlüsselfrage. Die Neuversiegelung von Flächen wird daher in Sachsen durch
542 gesetzgebende und planerische Maßnahmen weitgehend unterbunden. Sind in Einzelfällen Neuversiegelungen
543 unabwendbar (z. B. für die Schaffung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge), so sind diese in der
544 gleichen Gemeinde und in gleichem Umfang durch Maßnahmen der Entsiegelung sowie Rekultivierung zu
545 kompensieren.

546 Die LINKE tritt dafür ein, dass im Freistaat Sachsen den ganzheitlichen Ansatz der Europäischen
547 Wasserrahmenrichtlinie verfolgt wird, die Fließsysteme in ihren jeweiligen Einzugsgebietsgrenzen in Qualität
548 und Quantität zu sichern. Dies bedarf der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit, da oftmals eben
549 Gemeindegrenzen nicht das Ende eines Gewässers darstellen. Verantwortung füreinander und miteinander in
550 Wasserverbänden wollen wir daher verstärken.

551 Hauptursache für den Bestandsrückgang der Pflanzen- und Tierarten ist in Sachsen die Zerstörung ihrer
552 Lebensräume. Wirtschaftliche Entwicklungen, die die Abnahme der Biodiversität zur Folge haben, lehnen wir
553 daher ab. Dazu zählt auch der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderten Organismen in der
554 Landwirtschaft. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-
555 Richtlinie. Der Natur- und Artenschutz ist konsequent in die Agrar-, Verkehrs-, Forst- und Raumordnungspolitik
556 zu integrieren.

557 Alle diese Vorschläge und Forderungen kosten Geld, sind jedoch finanzierbar und im Vergleich zu dem für die,
558 an Spekulationen gescheiterten Banken, bereitgestellten nationalen und europäischen Schutzschirme von
559 mehreren Billionen Euro geradezu preiswert.

560

561 **FINANZIERUNG**

562 Die Wirtschaft existiert nicht einfach so. Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort müssen die erforderlichen
563 Bedingungen geschaffen werden. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen werden in Kindergarten,
564 Schule, Berufsausbildung, Hochschule ausgebildet. Die Infrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken, Flughäfen,
565 Bahnhöfe, Gewerbegebiete etc.) muss notwendigerweise vorfinanziert werden. Auch öffentliche Ordnung und
566 ein funktionsfähiges Rechtswesen sind zu gewährleisten. Die Wirtschaft ist auf diese Vorleistungen des Staates
567 angewiesen. Somit ist ein leistungsfähiger Staat eine wichtige Grundlage für jedes erfolgreiche Unternehmen.
568 Die Politik der letzten Jahre hat durch diverse Steuersenkungsprogramme zunehmend die erfolgreichen
569 Unternehmen aus der Finanzierung dieser Grundlagen entlassen. Im Ergebnis schultern de facto die
570 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt und indirekt diese Lasten allein. Es ist daher notwendig, dieses
571 politisch produzierte Missverhältnis immer wieder zu problematisieren. Das Steuerkonzept der LINKEN zielt
572 darauf ab, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Diese Auseinandersetzung in der Gesellschaft zu führen, zu
573 mahnen und zu überzeugen, ist wesentlicher Aspekt linker Finanzpolitik.

574

575 **Steuerkonzept der Partei DIE LINKE**

576 Das Steuerkonzept der LINKEN will im Wesentlichen über die stärkere Besteuerung großer Vermögen und hoher
577 Einkommen sowie durch das Heranziehen der Mitverursacher der Finanzkrise Steuermehreinnahmen von
578 insgesamt 171 Mrd. Euro im Jahr generieren. Davon bringt die Millionärssteuer 80 Mrd. Euro ein. Wir wollen die
579 Steuersenkungen der vergangenen Jahre vor allem für Unternehmen rückgängig machen und so weitere 35
580 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen. Politisch und wirtschaftlich längst überfällig ist zudem die
581 Finanztransaktionssteuer, die ca. 27 Mrd. Euro aufbringen könnte, um beispielsweise Projekte im Klimaschutz
582 und der internationalen Armutsbekämpfung zu finanzieren. Zudem ist der Ausbau des Steuervollzugs überfällig,
583 um Steuerhinterziehung effektiv bekämpfen zu können. Wie die aktuelle Debatte um den Ankauf von Steuer-CD
584 und das Steuerabkommen mit der Schweiz zeigt, befindet sich ein erheblicher Teil deutscher Steuergelder in
585 Steuer-Oasen, die es auszutrocknen gilt. Dadurch könnten weitere 15 Mrd. Euro in den Staatshaushalt fließen.
586 Durch diese steuerlichen Belastungen großer Vermögen könnten an anderer Stelle Steuern, von denen vor
587 allem der ärmere Teil der Bevölkerung betroffen ist, gesenkt werden. Hierzu zählen die Mehrwertsteuer und die
588 Einkommensteuer für mittlere und untere Einkommen.

589 Ob letztlich Mehreinnahmen im Umfang von 171 Mrd. oder nur von 75 Mrd. Euro generiert werden, hängt
590 natürlich von der politischen Durchsetzungskraft der Vorschläge ab und ist dementsprechend ungewiss.
591 Entscheidend ist aber eine öffentliche Debatte darüber, dass Profiteure der Krise und vor allem hohe Vermögen
592 zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden müssen.

593

594

595 **Sofortprogramm: Ausgewählte Steuern des Konzepts der LINKEN**

596 In Umsetzung des Steuerkonzepts der LINKEN sollen im Folgenden exemplarisch fünf Steuerarten des
597 Steuerkonzeptes kurz erläutert werden.

598 **1. Millionärsteuer**

599 Bemessungsgrundlage der Millionärsteuer ist das Nettovermögen aus dem privaten Geldvermögen, den
600 Verkehrswerten privater Immobilien und den sonstigen Vermögen des Steuerpflichtigen abzüglich privater
601 Kredite. Der Freibetrag soll eine Million Euro betragen. Jeder Euro über diesen Freibetrag hinaus soll mit einem
602 Steuersatz von fünf Prozent belastet werden.

603 Im Kontext der politischen Umsetzbarkeit ist es in einem ersten Schritt sinnvoll, außerparlamentarische
604 Initiativen wie „Vermögensteuer jetzt!“ größtmöglich zu unterstützen. Nach ihren Berechnungen würde eine
605 Steuer in Höhe von einem Prozent auf das Nettovermögen (abzüglich Schulden) bei einem Freibetrag von 1
606 Million Euro pro Familienhaushalt insgesamt 20 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen. Diese Mehreinnahmen
607 kämen anteilig den Bundesländern zugute und böten diesen einen finanziellen Spielraum in der
608 Schuldenbremsen-Hysterie. Für das Bundesland Sachsen wären Zuwächse in einer Größenordnung von einer
609 Mrd. Euro zu erwarten.

610 **2. Finanztransaktionsteuer**

611 Die durch die Krise wieder in den Medien angekommene Finanztransaktionsteuer löst vor allem zwei Probleme:
612 Sie schränkt die kurzfristige Spekulation ein und generiert Steuererträge von ca. 27 Mrd. Euro. Daneben bittet
613 sie die Profiteure des Finanzkasinos zur Kasse.

614 Die Steuermehreinnahmen stehen je zur Hälfte dem allgemeinen Bundeshaushalt sowie der internationalen
615 Armutsbekämpfung und der Stärkung des Klimaschutzes zur Verfügung.

616

617 **3. Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer mit Mehreinnahmen für die** 618 **Kommunen**

619 Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen soll die aktuelle Gewerbesteuer in eine
620 Gemeindefiskussteuer umgewandelt werden. Dabei soll die Steuer-Bemessungsgrundlage auf Gewinne aus
621 allen unternehmerischen Tätigkeiten zuzüglich aller Schuldzinsen in Form von Pachten, Mieten, Leasingraten
622 etc. verbreitert werden. Die Steuerpflicht würde hiernach vor allem Kapitalgesellschaften, gewerbliche
623 Unternehmen, Selbständige und Freiberufler umfassen. Die Abzugsfähigkeit von der Einkommensteuerschuld
624 bleibt bei einem erhöhten Freibetrag von 30.000 Euro (derzeit: 24.000 Euro) bestehen.

625 Die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder wird abgeschafft. Die Zahlungen an den Bund sollen dabei
626 sofort eingestellt werden, an die Länder schrittweise bis 2015. Die Einnahmen der Gemeindefiskussteuer
627 fallen ausschließlich den Kommunen zu. Den prognostizierten Mindereinnahmen von 4,6 Mrd. Euro im Bund und
628 3 Mrd. Euro in den Ländern (ohne Abschaffung der Gewerbesteuerumlage der Länder) stünde mittelfristig ein
629 jährliches Mehraufkommen von etwa 14 Mrd. Euro zugunsten der kommunalen Haushalte gegenüber. Das
630 entlastet die kommunalen Haushalte und stärkt kommunalen Investitionen und Beschäftigung.

631 Für das Bundesland Sachsen hätte sich für das Jahr 2010 bei einem absoluten Gewerbesteueraufkommen von
632 1,16 Mrd. Euro und einem Zuwachs des Aufkommens um 39% ein Plus von mehr als 450 Millionen Euro
633 ergeben.

634 **4. Abschaffung der Abgeltungsteuer**

635 Das Steuerkonzept der LINKEN sieht vor, künftig Kapitalerträge nicht mehr einheitlich mit 25% zu besteuern
636 (Abgeltungsteuer). Viel mehr sollen Kapitaleinkünfte wie vor dem 1. Januar 2009 dem individuellen
637 Einkommensteuersatz unterworfen werden, so dass wieder eine progressive Besteuerung anstelle einer
638 pauschalen Besteuerung in Kraft tritt. Dadurch wäre die Besteuerung nach finanzieller Leistungsfähigkeit wieder
639 hergestellt und Mehreinnahmen von fünf Mrd. Euro erreichbar.

640 **5. Verbesserung des Steuervollzuges und Bekämpfung der Steuerhinterziehung**

641 DIE LINKE geht davon aus, dass durch eine Aufstockung des Steuervollzugspersonals, intensivere Kontrollen
 642 und eine verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit der Behörden Mehreinnahmen in der Tabelle genannter
 643 Größenordnung möglich sind. Die Maßnahmen gegen Steuerbetrug müssen natürlich auch mit der
 644 Austrocknung von Steueroasen verknüpft werden.

645 Rechnet man die genannten Reformen exemplarisch für das Jahr 2012 hoch, ergibt sich ein Steuerzuwachs von
 646 absolut 74 Mrd. Euro, was im Vergleich zum Jahr 2010 einen relativen Anstieg um 13,3 Prozent bedeutet. Für
 647 das Land Sachsen würden sich dadurch neue finanzielle Spielräume ergeben. Infolge der Verteilung der
 648 Steuereinnahmen der Bundesländer im Länderfinanzausgleich nach Einwohnern erhält Sachsen fünf Prozent der
 649 eingenommenen Mittel.

650 Die Abbildung gibt einen Überblick über die Mehreinnahmen der fünf genannten Reformen für die
 651 Gebietskörperschaften und speziell für das Land Sachsen. Durch die Steuerreformen würde Sachsen im Jahr
 652 2012 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,83 Mrd. Euro erzielen, was einen relativen Zuwachs von 21,7
 653 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2010 bedeuten würde.

654

655 **Verteilung der Mehreinnahmen (Mrd. Euro)**

	insgesamt	Bund	Länder	Land Sachsen*	Gemeinden	Sächsische Gemeinden*
2011 (Ist)	548,9	248	224,3	13,67	76,6	2,53
2012 (Prognose)	567	252	234		81	
<i>Anteile</i>		44,4%	41,3%		14,3%	
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen:						
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto)	14				14	0,45
Anrechnung auf Einkommensteuer	-7	-3,0	-3,0	-0,15	-1,0	-0,05
Gewerbesteuerumlage		-1,6			1,6	
Millionärsteuer						
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20		20	1,0		
Abschaffung Abgeltungsteuer	5	2,1	2,1	0,11	0,8	0,04
Finanztransaktionsteuer	27	27				
Verbesserungen beim Steuervollzug	15	7,5	7,5	0,38		
Steuereinnahmen nach Reform 2012	641,0	284,0	260,6		96,4	
<i>Anteile</i>		44,3%	40,7%		15,0%	
Zuwachs Steuereinnahmen in % gegenüber Prognose 2012	13,1%	12,7%	11,4%	9,8 %	19,0%	17,4 %
Absolut in Mrd. Euro	74,0	32,0	26,6	1,34	15,4	0,44

* Gerundete Werte für Sachsen auf Grundlage von Einwohnerfaktor 5 % der Gesamtbevölkerung, Zuwachs gegenüber den Steuereinnahmen (Ist) 2011.

656

657 Insgesamt wird deutlich, dass durch sinnvolle Besteuerung wie beispielsweise von großem Vermögen, durch die
 658 Einführung der Finanztransaktionsteuer, die Umwandlung der Gemeindewirtschaftsteuer, die Abschaffung der
 659 Abgeltungsteuer und die effektive Beseitigung von Steuerhinterziehung ausreichend finanzielle Mittel erzeugt
 660 werden können, um in wichtige öffentliche Aufgaben wie Infrastruktur und Bildung zu investieren.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen:	Abgelehnt:
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	